

Die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung bleibt öffentlicher Auftrag

# Erinnerung an Gestapo-Hölle im Konsumhimmel

**Buchhandlung mit Café als Ort der Erinnerung an Widerstand und Verfolgung in Hamburg? Geht gar nicht!**

Das Stadthaus war von 1933 bis 1943 als Sitz der Gestapo der zentrale Ort des Nazi-Terrors in Hamburg. Von hier aus brachen die Schläger-Trupps des »Kommandos zur besonderen Verwendung« zu Razzien und Verhaftungen auf, hier war der Ort der Folter-Verhöre, denen Tausende ausgeliefert waren und die einige nicht überlebten. Wer von uns erinnert sich etwa nicht an die erschütternden Berichte über die schrecklichen Misshandlungen von Fiete Schulze und Etkar André? Hier wurde über die Verschleppung ins KZ und über außergerichtliche Hinrichtungen von politischen Gegnern der Nazi-Diktatur entschieden, hier wurden die Deportationen von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma organisiert. In allen Erinnerungsberichten unserer Gründer-Generation spielte das Stadthaus – ebenso wie Herr Senator, bitte dafür, dass dieser Raum, dieser Vorhof zur Hölle, nicht mehr dem nüchternen Alltag dient: ausführlich berichtet.<sup>1</sup>

1943 wurde das Gebäude von Bomben getroffen, die Gestapo-Zentrale verlegt, und später zog in das renovierte Stadthaus die Hamburger Baubehörde ein.

### Kampf um Gedenktafel

Schon 1948 stellten »die politisch und rassistisch Verfolgten in der Baubehörde« einen Antrag auf Errichtung eines Erinnerungsmals im damals

noch vorhandenen ehemaligen »Bereitschaftsraum«, in dem die Verhafteten auf ihre Verhöre warten mussten. Sie schrieben an Senator Dr. Nevermann: »Seit Menschengedenken sah kein anderer Raum in Hamburg so viel seelische Qual, soviel die erschütternden Berichte über die schrecklichen Misshandlungen von Fiete Schulze und Etkar André? Hier wurde über die Verschleppung ins KZ und über außergerichtliche Hinrichtungen von politischen Gegnern der Nazi-Diktatur entschieden, hier wurden die Deportationen von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma organisiert. In allen Erinnerungsberichten unserer Gründer-Generation spielte das Stadthaus – ebenso wie Herr Senator, bitte dafür, dass dieser Raum, dieser Vorhof zur Hölle, nicht mehr dem nüchternen Alltag dient: ausführlich berichtet.«

Ein schlichtes Denkzeichen möge von den Kämpfern und den Opfern für Menschlichkeit und Recht und Freiheit zeugen. Eine schmiedeeiserne Gittertür trenne den Raum vom Flur, einen Blick gewährend auf das Mal.« Der Antrag wurde von Dr. Nevermann im Senat eingebracht, wo aber »grundsätzliche Bedenken

erhoben wurden«, so dass er letztlich im Sande verlief.<sup>2</sup>

1977 ergriffen Kolleginnen und Kollegen der ÖTV, die der »Entwicklung des Rechtsradikalismus«, die sich auch in Nazi-Schmierereien im und am Gebäude zeigte, etwas entgegenzusetzen wollten, die Initiative für eine Erinnerungstafel am Eingang. Ältere Kollegen, die selbst in den Kellern glitten hatten, berichteten ihnen von der Geschichte des Hauses, die nun öffentlich werden sollte. Bis 1981 dauerte es, dass die Tafel endlich angebracht werden konnte. 6.000 DM sammelte die ÖTV-Arbeitsgruppe Gedenktafel mit einer Spendenak-

tion selbst, die nun durch Hamburger Haushaltsmittel ergänzt wurden. Dazu erstellte die Arbeitsgruppe eine Dokumentation mit Berichten von Überlebenden der Verfolgung im Stadthaus, Dokumenten und einer Darstellung des langen Wegs zur Tafel.

Auch die VVN-BdA hatte immer wieder ihrer Forderung nach einem Gedenken an Widerstand und Verfolgung am Stadthaus mit Mahnwachen Nachdruck verliehen. Bis in die Mitte der 1990er Jahre fand schließlich an jedem 30. Januar dort eine Kundgebung gemeinsam mit dem Personalrat der Baubehörde und der ÖTV Hamburg statt, bei der regelmäßig Herbert Baade zuerst als Vorsitzender, ab 1990 als Ehrenvorsitzender der VVN-BdA und als Überlebender sprach.

### Die Pläne des Investors

Seit 2012 ist die Baubehörde in Wilhelmsburg und im Frühsommer 2018 soll das Stadthaus nun zum Konsumtempel mit exklusiven Geschäften und Restaurants werden, in den oberen Stockwerken entstehen Luxus-Wohnungen.

Im Kaufvertrag von 2009 mit dem damaligen schwarz-grünen Senat hat sich der Investor Quantum verpflichtet, im Rahmen des Umbaus »in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen) zur Nutzung des Stadthauses in den Jahren 1933-1943 ... auf seine Kosten zu realisieren sowie dauerhaft den Betrieb und die öffentliche Zugänglichkeit sicher zu stellen.«<sup>3</sup> Dazu wurden Flächen festgelegt, die dem Zweck entsprechend einzuplanen



Das Hamburger Stadthaus und Gestapo-Zentrale

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: [vvv-bda.hb@vvn.de](mailto:vvv-bda.hb@vvn.de)  
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HANSA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HANSP3333

sein. Auf dieser Grundlage waren wir guter Dinge, dass Widerstand und Verfolgung am historischen Ort ihren Platz erhalten würden.

Nun erfahren wir, dass der »Eigentümer sich in Abstimmung mit der zuständigen Behörde im Sommer 2017 für das Konzept einer Buchhandlung entschieden [hat] und beabsichtigt, einen Mietvertrag mit der Buchhandlung, die auch die Ausstellungsfläche betreiben soll, zu schließen. Das gewählte Konzept sieht vor, [dass] in den Räumlichkeiten im Erdgeschoss ein Ausstellungsraum, eine ausgewiesene Buchhandlung und ein Café eingerichtet werden. [...] Zur Unterstützung der Ausstellung hat die KZ-Gedenkstätte Neuengamme dem Eigentümer konzeptionelle Unterlagen sowie historisches Material zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus bietet sie fachliche Beratung bei der Ausstellungsentwicklung an.«<sup>4</sup> Von 530 qm, die im Bauantrag als Ausstellungsfläche genannt sind, sind nach Auskunft des Senats noch 110 qm übriggeblieben.<sup>5</sup>

### Wir leisten Widerstand!

Das fordert unseren entschiedenen Widerstand heraus! Angesichts der Tatsache, dass die Realisierung dieses Konzepts bis Sommer 2018 abgeschlossen sein soll, ist Eile geboten. Ebenso muss der Protest, soll er eine

Chance auf Erfolg haben, mit allen möglichen Partnern gemeinsam und entschieden vorgebracht werden.

Als erste Schritte gab es bereits ein Treffen mit einem weiteren Kreis von Interessierten, Engagierten und bereits Aktiven im November. Anfang Dezember folgte ein erstes Treffen von Verfolgten-Organisationen. Dort haben wir uns auf gemeinsame Forderungen und ein gemeinsames Vorgehen verständigt, die wir zunächst in einem Gespräch mit der Kulturbehörde vorbringen wollen: Es muss einen öffentlichen Prozess geben, an dem die Opferverbände unbedingt zu beteiligen sind. Unser gemeinsames Ziel ist eine Kennzeichnung des Ortes als zentraler Ort des Nazi-Terrors und

der Erinnerungsort an den antifaschistischen Widerstand in Hamburg.

Für Januar wird ein weiteres Bündnistreffen vorbereitet, zu dem über den bereits beteiligten Kreis hinaus potentielle Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewonnen werden sollen. Ein erstes öffentlich sichtbares und hörbares Signal wollen wir mit der Wiederaufnahme der Tradition am 30. Januar setzen.

Eine Kundgebung am 30. Januar 2018 um 17.00 Uhr am Stadthaus soll an Widerstand und Verfolgung erinnern und deutlich machen:

Die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört in den öffentlichen Raum. Sie kann und darf nicht privatisiert

werden! Dies gilt gerade in einer Zeit, in der die AfD immer wieder in programmatischen Äußerungen ihrer Repräsentanten und mit gezielter Tabu-Brüchen an die ideologische Grundlagen des Naziregimes anknüpft und seinen verbrecherischen Charakter zu bagatellisieren trachtet.

Cornelia Kerth

- 1 Gertrud Meyer, *Nacht über Hamburg, Röderberg, Ffm 1971*
- 2 *Dokumentation Stadthaus in Hamburg*, Hrsg. ÖTV-Bezirksverwaltung Hamburg, April 1981
- 3 *Drucksache 194555: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft*
- 4 *Drucksache 21/10997 SKA des Abg. Wersich und Antwort des Senats*
- 5 *Drucksache 21/10997 SKA des Abg. Hackbusch und Antwort des Senats*

## Protest der Anwohner/-innen in Barmbek erfolgreich Thor-Steinar-Laden muss schließen

**Am 1. Dezember 2017 fand die erneute Verhandlung der »Eigentümergeinschaft der Fuhsbüttler Straße 257« gegen den Vermieter des Ladengeschäfts »Nordic Company«, in dem ausschließlich die bei Rechtsextremen beliebte Marke Thor Steinar vertrieben wird, im Amtsgericht Barmbek statt.**

Das Ergebnis: Der Thor-Steinar-Laden Nordic Company muss zum 31. Januar 2018 schließen und es gibt keine Verlängerung des Mietvertrages. Barmbek ist den Nazi-Klamottenladen ab Februar 2018 endlich los. Hintergrund der Klage waren die anhaltenden Proteste und Demonstrationen gegen den Betrieb des Ladengeschäfts Nordic Company.

»Damit ist klar, dass das Engagement der Barmbeker Initiative

gegen Rechts, der Barmbekerinnen und Barmbeker so wie vieler anderer Organisationen gegen das Eindringen der rechten Modemarke in den bunten Stadtteil Barmbek erfolgreich zurückgedrängt wurde«, kommentiert Andrea Krieger von der Barmbeker Initiative gegen Rechts.

»Wir werden so lange mit den Mahnwachen weitermachen, bis der Laden weg ist. [...] Wenn der Nazi-Laden dann weg ist, werden

wir unseren Erfolg gebührend feiern, wozu wir alle Barmbeker/-innen und Aktivisten/-innen ganz herzlich einladen«, kündigt Maren Nowak, ebenfalls von der Barmbeker Ini, an.

»Es ist schön zu sehen, wie der Stadtteil zusammengerückt ist und den Anfeindungen von rechts mit gelebter Solidarität sowie einem klaren Bekenntnis für ein buntes Barmbek entgegengetreten ist. [...] Wir danken für das große Engagement und die Solidarität des Stadtteils und hoffen, dass alle auch weiterhin bis zum Schluss dabeibleiben.«

Rachid Messaoudi  
Barmbeker Initiative gegen rechts